Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

# Der Klimagipfel von Kopenhagen aus der Sicht Chinas

**Aus chinesischen Fachzeitschriften vom Januar 2010**Oliver Bräuner

Vom 7. bis 18. Dezember 2009 fand in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen die Klimakonferenz der Vereinten Nationen statt. Der Auftritt der chinesischen Delegation erregte dabei besonderes Aufsehen. Westliche Medien und Politiker machten in erster Linie die Volksrepublik für das Scheitern der Konferenz verantwortlich. China habe durch seine aggressive und destruktive Verhandlungsführung den Abschluss eines Klimaabkommens verhindert. Doch wie beurteilen die Chinesen selbst den Ausgang der Konferenz und ihr eigenes Auftreten in Kopenhagen?

Die chinesischen Experten weisen die Kritik aus dem Westen mehrheitlich zurück und machen ihrerseits die reichen Industrienationen für den problematischen Verlauf des Klimagipfels verantwortlich. Sie loben Chinas standhaftes Eintreten für die Interessen der Entwicklungsländer und fordern ein Festhalten am Prinzip der »gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung« (danach reduzieren Industrieländer ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß gemäß verbindlicher Vorgaben, während Entwicklungsländer freiwillige Maßnahmen ergreifen, um den Zuwachs ihrer Treibhausgasemissionen zu drosseln). Die Experten stellen einen weiteren Machtverlust der reichen Industrienationen und einen Machtzugewinn der aufstrebenden Entwicklungsländer (vor allem Chinas) fest und werten den Ausgang der Konferenz als Erfolg für die Volksrepublik. Es gibt aber auch skeptischere Stimmen, die vor einem allzu aggressiven und kompromisslosen Auftreten der Volksrepublik in der Klimafrage warnen.

#### Geopolitische Machtspiele

Ma Xiaojun, Professor am Institut für Internationale Strategische Studien an der Parteischule des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, sieht den Klimagipfel von Kopenhagen im Kontext eines größeren (geo)politischen Spiels. Dabei gehe es um die Wahrung des Existenzrechts und des Rechts auf Entwicklung der Nationalstaaten sowie um das Abstecken der Grenzen von »Klimasouveränität« und nationaler Souveränität. Außerdem gehe es um die Besetzung der »Kommandohöhe« in

Oliver Bräuner ist Forschungsassistent im »China and Global Security Programme« am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) SWP-Zeitschriftenschau 2 März 2010 der neuen politischen und ökonomischen Weltordnung. Bei diesem Spiel gebe es mehrere Staatengruppierungen: Die Europäer, deren Ziel es war, ihre Führungsrolle in der Klimapolitik zu bewahren. Diese Rolle sei ihnen jedoch von den Vereinigten Staaten und der den USA folgenden »Regenschirm-Gruppe« (umfasst u.a. Australien, Kanada, Japan und Russland) streitig gemacht worden. Eine dritte Gruppierung, die Entwicklungsländer, sei durch den Klimawandel in besonderem Maße betroffen. Oberstes Ziel dieser Gruppe, die sich aus den aufstrebenden Entwicklungsgroßmächten (vor allem China) und der Gruppe der 77 (G77) zusammensetze, sei die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung gewesen. China sei als Sprecher dieser Gruppe aufgetreten und habe in Kopenhagen die Interessen der Entwicklungsländer vertreten, so Ma.

Mit der negativen Darstellung des chinesischen Auftritts verfolgt die westliche Presse nach Mas Ansicht bestimmte Ziele: Einerseits wolle man China zum Sündenbock der Klimapolitik machen. Andererseits wolle man die chinesischen Exporte eindämmen und plane daher, auf chinesische Waren einen »Kohlenstoffzoll« zu erheben.

Laut Ma ist in Kopenhagen erkennbar geworden, dass der Einfluss der westlichen Industrienationen zusehends schwindet. So habe der amerikanische Präsident Obama auf dem Gipfel praktisch nichts erreicht, der über seinem Kopf schwebende Heiligenschein sei deutlich verblasst. Es sei dem Westen nicht (wie früher) gelungen, der internationalen Gesellschaft seine eigenen Interessen aufzuzwingen. Daher sei auch der dänische Entwurf für ein Abschlussdokument gescheitert. Zugleich habe man in Kopenhagen das entschlossene politische Handeln und die konstruktiven Fähigkeiten Chinas und der anderen Entwicklungsländer beobachten können, die der Bekämpfung des Klimawandels dienten. Dabei wandle sich China zunehmend von einem Teilhaber am bestehenden zum (Mit-)Schöpfer eines neuen internationalen Systems.

Auch **Yang Yuanhua**, Chefkorrespondent der staatlichen Xinhua-Nachrichtenagen-

tur in Brüssel und Forscher am Xinhua-Forschungszentrum für Globale Fragen, benutzt die Metapher des (geopolitischen) Spiels. In Kopenhagen sei es zwischen den Entwicklungsländern (darunter China) und den reichen Industrienationen zu einem Konflikt über die »Klimainteressen« gekommen. Den Entwicklungsländern gehe es darum, gemeinsam mit den Industrienationen eine »kollegiale« und gerechte globale Klimaordnung zu schaffen, in der das Recht auf Entwicklung der ärmeren Länder geschützt wird. Die Industrienationen dagegen wollten offenkundig die globale Umweltproblematik politisieren, um Druck auf die Entwicklungsländer ausüben und den Verlauf ihrer Entwicklung kontrollieren zu können.

Den Gipfel von Kopenhagen interpretiert Yang als politisches Kräftemessen. Der Klimawandel sei in erster Linie kein technologisches oder wirtschaftliches, sondern ein politisches Problem. Der Kampf um Macht und die Durchsetzung von Interessen stehe dabei im Mittelpunkt. Das internationale Machtgleichgewicht habe sich durch das Auftreten der aufstrebenden Entwicklungsländer verändert. Macht und Einfluss der Entwicklungsländer nähmen zu, während den Industrienationen die Kontrolle über die Weltordnung entgleite. In dem Bemühen, die Führungsrolle in der Klimapolitik zu behalten, übten die Industrienationen gemeinsam Druck auf die aufstrebenden Mächte aus und versuchten einen Keil in die Gruppe der Entwicklungsländer zu treiben. Ihr Ziel sei es, die eigenen langfristigen Interessen zu schützen und die weitere Entwicklung und den Einfluss der aufstrebenden Entwicklungsländer mithilfe der Klimapolitik einzudämmen.

Die Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels betrachtet Yang als einen Teil des Konflikts um die Neuorganisation der internationalen Ordnung. Das Ergebnis der Konferenz von Kopenhagen spiegelt in seinen Augen die Forderung der Entwicklungsländer nach einer Veränderung der internationalen Ordnung wider. Hierunter falle auch die Anpassung der »Weltklimaordnung«, die der Autor als Revolution preist, die eine Verlagerung von Macht und Wohlstand in der Welt mit sich bringe.

Der Journalist **Jing Hua** schreibt im Finanzmagazin Guoji Rongzi, dass der Gipfel von Anfang an vom Streit über den Umfang der finanziellen und technischen Hilfe überschattet gewesen sei, die die Industrieländer den Entwicklungsländern leisten sollten. Die unzureichenden Hilfszahlungen des Westens spalteten das Lager der Entwicklungsländer, die um die knappen Geldmittel konkurrierten. Vor allem die Amerikaner hätten sich in Kopenhagen alles andere als großzügig gezeigt. Die Industrieländer sollten jedoch zu ihrer historischen Verantwortung stehen und die Entwicklungsländer ausreichend unterstützen, damit sie den Zuwachs ihres CO2-Ausstoßes verlangsamen und sich den Folgen des Klimawandels anpassen können.

#### China: Gewinner oder Verlierer?

Yang Ailun, Expertin für Klima- und Energiefragen bei Greenpeace China, ist unzufrieden mit dem Ausgang des Klimagipfels. Der nur drei Seiten umfassende und rechtlich nicht bindende »Copenhagen Accord« sei eine große Enttäuschung und stelle gegenüber dem Kyoto-Protokoll einen großen Rückschritt dar, vor allem in Bezug auf Emissionsziele.

Als positiv wertet die Autorin, dass die Industrienationen mehr finanzielle und technische Unterstützung für den Klimaschutz in Entwicklungsländern zugesagt hätten. Die Industrieländer wollten jedoch nicht, dass das Geld nach China fließe. Sie fürchteten sich davor, zum chinesischen Machtzuwachs beizutragen.

Wenn die reichen Industrienationen weiterhin im gleichen Maße Treibhausgase produzierten, schränkten sie dadurch den Emissionsspielraum der Entwicklungsländer ein, was wiederum deren Recht auf Entwicklung beeinträchtige. Daher ist es aus Sicht der Autorin auch im ureigenen chinesischen Interesse, die Industrieländer

zur Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen zu bewegen. China müsse seinerseits Klimaschutzmaßnahmen treffen. Dadurch könnten die Industrienationen daran gehindert werden, ihre Verantwortung mit dem Argument auf die führenden Entwicklungsländer abzuwälzen, dass deren Bereitschaft zum Klimaschutz unzureichend sei.

Yang lobt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Anstrengungen der chinesischen Regierung. China habe in Kopenhagen seine nationalen Positionen vertreten und sein Recht auf Entwicklung erfolgreich verteidigt. Insofern zähle China zu den Gewinnern der Konferenz.

#### Eine gescheiterte Strategie

Andere sehen die chinesische Strategie in Kopenhagen als gescheitert an. So Lu Sipin, Umweltexperte, und Wang Zhijia, ehemaliger Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit in der Staatlichen Umweltschutzverwaltung (dem Vorläufer des chinesischen Umweltministeriums), heute Vizedirektor in der Abteilung für Regionale Kooperation im Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). China habe bereits im Vorfeld der Konferenz seine Strategie geändert: Statt wie bis dahin nur passiv auf Kritik zu reagieren, habe es versucht, aktiv seine Klimapolitik zu erklären. Man habe gehofft, eine positive Rolle spielen zu können, sei aber auf der Konferenz von allen Seiten angefeindet worden.

In den Augen der Autoren sind dafür die Vereinigten Staaten verantwortlich. Die Amerikaner seien von Anfang an feindselig und aggressiv gegenüber China aufgetreten und hätten die Volksrepublik zum wahren Hindernis in der Klimapolitik erklärt. Zudem hätten sie vorsätzlich die Entwicklungsländer entzweien wollen, indem Hilfszahlungen an arme Länder an die Forderung nach mehr Transparenz geknüpft worden seien. Mit ihrer Strategie des »divide et impera« seien die USA erfolgreich gewesen.

China und die USA hätten sich in Kopenhagen einen verbalen Schlagabtausch geliefert. Aber je energischer sich China verteidigt habe, desto tiefer sei es in dem von den Amerikanern »sorgfältig konstruierten Morast« versunken. Die amerikanische Forderung, dass die Entwicklungsländer die Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen transparenter gestalten sollten, habe China an seinem schwachen Punkt getroffen. Darauf war die chinesische Delegation nach Ansicht der Autoren nicht vorbereitet. Stattdessen sei man in alte Gewohnheiten verfallen und habe starr an der alten Strategie der Verteidigung der nationalen Souveränität festgehalten. Dadurch hätten die Vertreter Chinas auf der internationalen Bühne blass und schwach gewirkt.

Das vor der Konferenz mühsam aufgebaute positive Image eines verantwortungsvollen Akteurs sei ins Gegenteil verkehrt worden, so dass China in den Augen der Weltöffentlichkeit als Klimasünder erschien. Für China sei Kopenhagen insofern ein unerwartetes Waterloo gewesen. Die Amerikaner hätten mit ihrer Strategie erfolgreich von den Defiziten der eigenen Klimapolitik abgelenkt und China den schwarzen Peter zugeschoben.

China müsse jetzt sein eigenes Auftreten in Kopenhagen selbstkritisch analysieren und auf dem Klimagipfel Ende 2010 in Mexiko aktiver, transparenter und flexibler auf die Weltöffentlichkeit zugehen.

### **Fazit**

Die in der chinesischen Debatte vorherrschende Ansicht über den Verlauf der Konferenz von Kopenhagen und den Klimaschutz im Allgemeinen unterscheidet sich deutlich von der europäischen. Während in Europa der globale Klimaschutz – oftmals auch die Zukunft von Global Governance – im Mittelpunkt steht, dreht sich die chinesische Debatte in erster Linie um geopolitische Gewinne und Verluste.

Die chinesischen Autoren sehen in der internationalen Klimapolitik einen Nullsummen-Wettstreit zweier Blöcke (Entwicklungs- versus Industrieländer), in dem China als Anführer des Blocks der Entwicklungsländer fungiert. Während einige der Autoren auf Interessenunterschiede im Lager der Industrieländer hinweisen, werden solche Unterschiede im Block der Entwicklungsländer ausgeblendet. Mehr noch: Deren Interessen werden kurzerhand mit den Interessen Chinas gleichgesetzt.

Nicht alle Autoren sprechen sich dafür aus, gegenüber dem Westen in der Klimaschutzpolitik einen harten Konfrontationskurs zu steuern. Eine Mehrheit der behandelten Autoren scheint indes mit den Ergebnissen der Konferenz von Kopenhagen und dem selbstsicheren Auftreten der chinesischen Seite in der Klimafrage zufrieden zu sein. Solange aber eine Mehrzahl der chinesischen Beobachter und Entscheidungsträger den Klimaschutz vor allem als Gelegenheit begreifen, neu gewonnene politische und wirtschaftliche Macht zu demonstrieren, sind von der chinesischen Debatte keine positiven Impulse für ein internationales Klimaschutzabkommen zu erwarten.

## Besprochene Aufsätze

Jing Hua, »Gebenhagen qihou huiyi de zijin zhi zheng« [Der Kampf um Geld auf der Klimakonferenz von Kopenhagen], in: Guoji Rongzi, (2010) 1, S. 17–18

Lu Sipin und Wang Zhijia, »Gebenhagen: Qihou zhengzhi de xin qidian« [Kopenhagen: Ein neuer Ausgangspunkt für die Klimapolitik], in: *Nan Fengchuang*, (2010) 1, S. 16–18

Ma Xiaojun, »Gebenhagen: Qihou bianhua bing fei tonghua« [Kopenhagen: Der Klimawandel ist keinesfalls ein Märchen], in: Dangdai Shijie, (2010) 1, S. 42–45

Yang Ailun, »Zhongguo – Gebenhagen de yingjia haishi shujia« [China – Gewinner oder Verlierer von Kopenhagen], in: Zhongguo Baodao, (2010) 1, S. 52–53

Yang Yuanhua, »Yi ci meiyou jieshu de chenggong huiyi« [Eine unvollendete Erfolgskonferenz], in: Zhongguo Yuanyang Hangwu, (2010) 1, S. 29–32

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010 Alle Rechte vorbehalten

#### **SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4 10719 Berlin Telefon +49 30 880 07-0 Fax +49 30 880 07-100 www.swp-berlin.org swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

SWP-Zeitschriftenschau 2 März 2010